

Institutionelle Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen in der Heimerziehung in Deutschland: Ein quantitativer Blick auf die vergangenen 20 Jahre aus der Sicht von Einrichtungen

Liane Pluto

Zusammenfassung

Im Beitrag wird der Frage nachgegangen, ob es vor dem Hintergrund der gesetzlichen und fachlichen Weiterentwicklungen empirische Hinweise gibt, dass sich in den letzten 20 Jahren die Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen verbessert haben. Dazu werden quantitative Daten aus fünf Befragungen von stationären Einrichtungen zu den Gelegenheitsstrukturen für Beteiligung herangezogen. Abschließend wird diskutiert, wie die geringen Veränderungen eingeordnet werden können.

Schlagerwörter: Partizipation, Heimerziehung, Institutionen, empirische Daten

Opportunities for participation for young people in residential care in Germany: A quantitative view at the past 20 years from the perspective of residential care institutions

Abstract

This article examines the question, whether there are empirical indications that opportunities for participation for children and young people in residential care institutions have improved over the past 20 years against the background of legal and professional developments. Quantitative data from five surveys among residential care institutions on the opportunities for participation are used for this purpose. Finally, it is discussed how the minor changes can be interpreted.

Keywords: participation, residential care, institutions, empirical data

1 Partizipation in Heimeinrichtungen – eine kurze Verortung

Die Möglichkeit, Einfluss auf die eigenen Angelegenheiten zu nehmen und sich an der Gestaltung des Lebensumfeldes zu beteiligen, gilt als einer der wesentlichen Einflussfaktoren für gelingende Hilfen (vgl. z.B. *Albus* u.a. 2010; *Nüsken/Böttcher* 2018). In der Fachdiskussion zu den Hilfen zur Erziehung in Deutschland spiegelt sich diese zentrale Bedeutung auch wider: Es gibt kaum einen Themenbereich, der – und das schon über einen langen Zeitraum – immer wieder eine solche Aufmerksamkeit erhält wie das Thema Partizipation von Adressat*innen, also von Kindern und Jugendlichen, seltener von El-

tern. Kaum verändert hat sich dabei allerdings die auch empirisch gewonnene Einschätzung, dass Partizipation zwar ein wichtiger Anspruch ist, aber mit der Realisierung immer wieder deutliche Hürden verbunden sind und Weiterentwicklungsbedarfe bestehen (vgl. z.B. *Equit/Flösser/Witzel* 2017; *KVJS* 2016; *Strahl* 2020).

Im Kontext der stationären Hilfen ist die Auseinandersetzung mit dem Thema Partizipation eng mit der seit 1990 bestehenden rechtlichen Grundlage (und den vorbereitenden fachlichen Debatten dazu im Feld) und der damit einhergehenden Verpflichtung zur Beteiligung verbunden (in § 8, § 36, § 45 SGB VIII). Nach dem Verständnis des SGB VIII soll die Beteiligung der Adressat*innen an ihren Angelegenheiten sowohl in allen Verfahren als auch während der Hilfeerbringung in den Einrichtungen ermöglicht werden. Das pädagogische Bemühen, partizipative und an demokratischen Prinzipien ausgerichtete Orte für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu schaffen, hat jedoch sehr viel ältere Wurzeln, wie verschiedene Kinderrepubliken (vgl. *Kamp* 1995), die von *Bernfeld* und *Korczak* mit ihren Einrichtungen beschrittenen Wege oder die Heimreform der 1970er Jahre zeigen.

Die Fachpraxis der stationären Hilfen zur Erziehung beschäftigt sich auf der institutionellen Ebene der Einrichtungen, um die es im Folgenden gehen soll, heute vor allem mit der Frage, wie Mitwirkung und Beteiligung unter den Bedingungen von Schutz und Sorge organisiert werden können. Konkret sind damit Fragen danach verbunden, wie z.B. angemessene Formen der Beteiligung je nach Alter der jungen Menschen aussehen, wie unterschiedliche Interessen (z.B. institutionelle und subjektive, Schutz und Fürsorge) miteinander in Einklang gebracht werden können, welche Unterstützung Fachkräfte brauchen und welche Strukturen und Verfahren für gelingende Beteiligungsprozesse notwendig sind.

Nicht nur die inzwischen zahlreichen Aufarbeitungsstudien der Heimerziehung vergangener Jahrzehnte, sondern auch Beispiele aus der Gegenwart führen zudem vor Augen, wie sensibel das Setting der Heimerziehung (weiterhin) für Machtmissbrauch ist. Anstöße zur Weiterentwicklung der Fachdebatte zum Thema Partizipation kamen deshalb in den letzten Jahren vor allem auch aus den Anstrengungen, über die Ausweitung und Verbesserung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ihren Schutz vor Übergriffen und Missbrauch in Einrichtungen zu verbessern (*Keupp* u.a. 2017; *UBSKM* 2019) und ihnen mit der Schaffung von Ombuds- und Beschwerdestellen bzw. Beschwerdeverfahren sowohl innerhalb als auch außerhalb von Einrichtungen eine wichtige Unterstützungsmöglichkeit für die Einhaltung ihrer Rechte zu schaffen und damit auch einen Beitrag zum Ausgleich struktureller Machthierarchien zu leisten (*Urban-Stahl/Jann* 2014; *Hansbauer/Stork* 2017). Eine weitere Entwicklung ist die Stärkung von Betroffeneninitiativen und die Förderung einrichtungsübergreifender Vernetzung und Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen, wie z.B. die Vereinigung der Care-Leaver und die Schaffung und Unterstützung von Heimräten auf Landesebene.¹

Partizipation ist demnach ein durchaus präsent Thema in der Fachdiskussion, es gibt einige Forschungsarbeiten dazu und es wurden Veränderungen auf der Ebene der gesetzlichen Grundlage für die Heimerziehung vorgenommen. Auch in den aktuellen Bestrebungen zum KJSG ist die Stärkung von Beteiligung junger Menschen ein erklärtes Ziel (vgl. *Deutscher Bundestag* 2021, S. 3). Mit dem Verweis auf die Gesetzgebungsaktivitäten soll deutlich werden, dass neben vielfältigen fachlichen Aktivitäten in den Einrichtungen und Unterstützung, z.B. durch Modellprogramme (vgl. *zusf. Karolus* u.a. 2017), die Anforderungen für die Ausgestaltung von Beteiligung in den Einrichtungen in den